FORUM HUMANUM

Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit

FORUM HUMANUM · D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22 Ruf 0421 - 7 69 76

Bremen, 31. Oktober 1984

Zum metaphysischen Ringen unserer Zeit

Zur freundlichen Kenntnisnahme übersende ich Ihnen hiermit die Abschrift eines Briefes, den ich gestern Herrn Josef M a a s , Bauer in Kalkar, schickte.

Als ich wegen meines Studiums der Religionswissenschaft 1982 I s r a e l besuchte, fand ich in Jerusalem zwei moderne, eng beisammen stehende Monumente bemerkenswert: sie stehen als Symbol für "den Kampf der Söhne des Lichts mit den Söhnen der Finsternis".

Mathilde L u d e n d o r f f hat szt. dasselbe Anliegen mit den Worten umschrieben, es sei notwendig, die auf unserer Erde zur Zeit herrschende "Todesnot des Gottesbewußtseins" zu überwinden.

Die hierfür notwendigen Entscheidungen haben wir in uns selbst zu treffen.

Mit freundlichen Grüssen

Walther Soyka

(Walther Soyka)
1. Vorsitzender

Heute versandt an:

Roland Bohlinger
Gerda Degen
Robert Kiefer
Wolfgang Knigge
Helmut Kohl
Hans-Dietrich Genscher
Helmfried Oetjen
Elisabeth Plattner
Roswitha Riepe
Reinhild Soyka
Hans-Jochen Vogel
Helga Vowinckel
Siegfried de Witt
und andere

(Unterlagen über das Beispiel "Zwentendorf" bitte beachten!)



Nach dem ersten Abwehrerfolg in Österreich am 5. November und 18. Dezember 1978 wollen wir auch anderswo nicht lockerlassen:
Schluß mit dem krebsverursachenden Plutoniumprogramm!

Aufruf zum Mittragen der Last der Wahrheitsfindung und des Rechtsweges

Liebe Leser, liebe Freunde,

wußten Sie, daß tödlich verlaufende Leukämiefälle unter Kindern sich in erschreckendem Maße häufen?

Das INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT hat Stichproben in der Umgebung des Atomspaltwerkes Lingen vorgenommen. Es fand dort eine besonders starke Häufung solcher Leukämiefälle. Als das Institut dann Zwischenergebnisse dieser Stichproben veröffentlichte, erklärte die niedersächsische Landesregierung überraschend, das Werk in Lingen solle abgerissen werden. Bislang war beabsichtigt, das wegen eines Schadens am Dampfumformer stilligende Werk wieder in Betrieb zu nehmen. Fürchtete die Regierung von Niedersachsen, den Tod einer großen Zahl von Kindern verantworten zu müssen? Warum beachtete sie nicht selbst den auffälligen Leukämieanstieg?

Leukämie ist eine jener Krebskrankheiten, die meist eine kurze Latenzzeit haben. Früher trat Leukämie selten auf. Besonders selten war sie unter Kindern. Inzwischen wächst die Zahl der Leukämiefälle erschreckend an. In der Umgebung von Lingen handelt es sich bei Kinderleukämien um Steigerungen, die ein Vielfaches dessen betragen, was vor Beginn der Verseuchung mit künstlichen radioaktiven Stoffen zu erwarten war. Um Endgültiges sagen zu können, bedarf es noch weiterer Erhebungen.

Vor allem ist es schwer, genau abzuschätzen, wieviele Leukämiefälle durch das Werk in Lingen, wieviele durch andere Werke, wieviele durch Atombombenversuche und wieviele aus anderen Ursachen entstanden sind. Sicher ist, daß die Zunahme der Leukämiefälle auch von einer starken, jedoch erst mit starker Verzögerung (Latenzzeit) sichtbar werdenden Zunahme anderer Schädigungen begleitet ist, darunter Knochenkrebserkrankungen, Augenlinsentrübungen und erbliche (genetische) Schädigungen. Da in der Bundesrepublik beabsichtigt ist, die atomtechnisch erzeugte elektrische Leistung noch beträchtlich zu steigern, werden auch die Gesundheits-Schädigungen weiter wachsen. So sollen bei Lingen zwei neue Reaktoren mit der insgesamt zehnfachen Leistung des jetzt stillliegenden gebaut werden! Dies würde auch eine Verzehnfachung der erzeugten Plutoniummenge bedeuten.

Das INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT hat mit der Aufdeckung des „Falles Lingen" bahnbrechende Arbeit geleistet. Aber dies war nicht die einzige Leistung seit seiner Gründung im Jahr 1976.

Das Institut entwickelt sich zur längst notwendigen unbestechlichen Kontrolleinrichtung auf dem Gebiet des Gesundheits- und Lebensschutzes. Die Kosten freilich, die hierbei vor allem durch Forschungs- und Archivierungsarbeiten, Aufklärungstätigkeiten, Prozesse mit Behörden und Industrie entstehen, sind auf die Dauer nur aufzubringen, wenn viele mithelfen. Bisher trug die Last nur ein kleiner Kreis. Aber wir alle, einschließlich unserer Nachkommen, ernten die Früchte dieser Arbeit. Darum sollte es selbstverständlich sein, daß wir auch die Last mittragen! Das ist umso wichtiger, seitdem die unbedingt notwendigen Ausgaben des Instituts nicht mehr voll durch Einnahmen gedeckt sind.

Wir bitten darum jeden Empfänger dieses Aufrufes, tatkräftig mitzuwirken, damit das Institut erhalten bleibt. Das Institut muß fortbestehen, es muß sogar ausgebaut werden! Überweisen Sie einen **monatlichen** oder einen größeren einmaligen Förderbeitrag! Denken Sie daran, was uns und unseren Nachfahren bevorsteht, wenn unterlassen wird, was in unser aller Kraft steht! Denken Sie daran, daß es sich hier um einen wichtigen Abschnitt des Freiheits- und Abwehrkampfes handelt, der sich gegen die Machtziele von kleinen Gruppen richtet, welche die Menschheit auf vielen Lebensgebieten in größte Gefahr bringen. Erfolgreich kann ein solcher Kampf nur mit einer Vielzahl von tatbereiten und opferwilligen Menschen geführt werden.

Ich bin mit der Nennung meines Namens als Mitunterzeichner dieses Aufrufes einverstanden:

....	....	....
Vor- und Zuname	Wohnungsanschrift	Unterschrift

FORUM HUMANUM

Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit

FORUM HUMANUM · D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22 Ruf 0421 - 7 69 76

Bremen, 30. Oktober 1984

Herrn
Josef M a a s
(02824/3253)

Meerweg 1
4192 Kalkar-Hönnepel

Lieber Josef!

Seit Monaten kaufte ich keinen SPIEGEL mehr. War es gestern die Titelzeile "F L I C K - Zahlmeister der Republik", oder war es etwas anderes: jedenfalls kaufte ich mir nach langer Zeit das Heft DER SPIEGEL Nr.44 vom 29. Oktober 1984 und las darin vor dem Schla= fengehen.

Nach dem Durchsehen des Inhaltsverzeichnisses und dem Hinweis darin "Schneller Brüter - Ende der Prozeß-Serie?" schlug ich Seite 94 auf und las als erstes den zwar kurzen, aber sehr gewichtigen Artikel "Schneller Brüter - Bald butterweich" mit Deinem Bild und dem des Reaktorgebäudes samt gedrungenem Kühlturm, den ich im Oktober 1982 noch nicht bemerkt hatte.

Am liebsten wäre ich nochmals aufgestanden und hätte Dich nach dem Lesen des Artikels gleich angerufen. Unsere Fahrt vor etwa 10 Jahren nach Münster kam mir in den Sinn; das lange Warten im bischöflichen Palais; das Gespräch mit dem gewieften Justitiar Dr. Freitag und seinem verschmitzten Grinsen bei dem Satz: "Die Jungs von der Schnell-Brüter-Gesellschaft werden das Ding schon schaukeln." Dagegen Dein tiefernstes Gesicht bei Deinen Worten: "Wir können doch nicht um ein Linsengericht die Zukunft unserer Kinder verkaufen". Die Drohung Dr. Freitags mit kirchenrechtlichen Disziplinarmaßnahmen gegen den Kir= chenvorstand in Hönnepel, weil er "der Kirche Schaden zufüge, wenn er t r o t z des erhöhten Kaufpreisangebotes auf seiner Weigerung be= harre, das als Reaktorstandort ausersehene Grundstück an die SBR-Ge= sellschaft zu verkaufen".

Schließlich Dein Satz im Auto: "Wenn uns Bischof Tenhumberg auch dies= mal im Stich läßt, dann tritt der Kirchenvorstand geschlossen aus der Kirche aus." Als Du mich batest, Dich bei dieser Fahrt nach Münster zu begleiten, sagte ich Dir vorher, daß ich nicht Katholik und nicht Christ bin. Du sagtest: "Das weiß ich, aber es geht mir um ihren Sachverstand." Selbstverständlich war für m i c h unsere Reli= gionsverschiedenheit dann auch kein Hindernis, Dir beizustehen. War es mir doch 1973, im Jahr davor, selbstverständlich gewesen, daß ich mehrere halsbrecherische Nachtfahrten mit Helga Dollinger in ihrem Auto zwischen Bremen und Kalkar hinter mich gebracht hatte, um wo= möglich noch vor Ablauf der Klagefrist die notwendigen Schriftsätze von Prof. Hinz mit dem Kalkarer Freundeskreis (Ruwwe, Riepe, Thomas, Seegers und Du...) abzustimmen und die erforderlichen Klägerunter= schriften auf die Prozeßvollmachten einzuholen. Meine unsterbliche Liebe zu Helga Dollinger entflammte damals. In all ihrer Zartheit und Labilität meisterte sie übermensch= liche Belastungen; im Gewirre der Autobahnabfahrt nach Düsseldorf-Stadtmitte bei immer weiter rückendem Minu= tenzeiger behielt sie ruhige Nerven; wir fanden trotz

menschenleerer Straßen und verwinkelter Zufahrt in Düssel= dorf schließlich das riesig wirkende Gerichtsgebäude - nicht jedoch den Eingang mit dem Nachtbriefkasten. Noch heute sehe ich vor meinem inneren Auge die schattenhaften Zinnen oben rund ums ganze Gebäude, die sich vom nachtdunklen Himmel abzeichne= ten. Ich lief in stockdunkler Nacht um das halbe Gebäude, bis ich mit einem Aufatmen ein ganz unscheinbares, von innen beleuch= tetes Schildchen mit dem Hinweis fand "Nachtbriefkasten": ich sah auf die Armbanduhr und atmete auf: 23.45 Uhr - 15 Minuten vor Ablauf der Klagefrist konnte ich das "gewichtige" Schrift= stück fristwahrend einwerfen. Ich empfand es damals als "film= reif", daß wie ein halb dumpf, halb hell dröhnender Gong der Boden des im Gebäudeinneren hängenden Briefkastens A n t = w o r t gab auf das Herunterplumpsen des schweren Briefes.

Ich ging zurück zu Helga, die im Auto sitzen geblieben war und sagte ihr: "Das war ein historischer Gongschlag, mit dem auf dem Bastionplatz ein neuer Zeitabschnitt begonnen hat." Niemand außer mir konnte ihn hören - aber dennoch dröhnt er fort und fort. Ich hörte ihn immer neu in meinem Inneren: als die ande= ren Kläger in die Knie gingen und zurückzogen, Du aber übrig= bliebst; als Hartmut Gründler im August 1977 für den 24.9.77 ein Mahnfasten vorschlug, das sich sowohl an die Polizei, als auch die Demonstranten wenden sollte; Michel Vitalon...; die Rundfunkmeldung am 16.11.1977 (Buß- und Bettag) kurz nach 18 Uhr, daß sich in Hamburg ein 47-jähriger Tübinger Lehrer selbst angezündet hat; mein Herzklopfen, als ich den Eilbrief öffnete, den zwei Minuten vor dieser Rundfunkmeldung am 16.11.1977 der Briefträger gebracht hatte: er kam von Hartmut aus Hamburg; die tiefe Erschütterung, als ich die vierzehn Seiten zu Ende gelesen hatte, die mir Gründler als letzten Gruß und als Vermächtnis zu= gesandt hatte; Gerda Degens rote Broschüre, mit der s i e endlich selbst Euren innerkirchlichen Leidensweg bis nach Rom veröffentlichte (ich hatte Dir und Roswitha Riepe auf Eure Bitte versprochen, mein diesbezügliches Wissen nicht zu ver= öffentlichen); mein Aufatmen, als nach längerem Bohren doch Siegfried de Witt mir eine vollständige Kopie des Kalkarbe= schlusses 2 BvL des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom 8.8.1978 übersandte und ich darin Hochwichtiges zu Gunsten unseres von höchsten sittlichen Wertvorstellungen **getragenen** Plutonium-Abwehrkampfes las; die Verheißung im "Zwischenbericht" der parlamentarischen Enquetekommission über die künftige Kern= energiepolitik, daß es zu einer r e d l i c h e n Gegenüber= stellung u n s e r e r Argumente mit jenen der Plutoniumbe= fürworter kommen wird; mein stundenlanges Nachtgespräch unter vier Augen mit Hartmut Gründler in Robert Kiefers Wohnung im August 1977, bei dem mir Hartmut erzählte, daß auch er aus der Kirche ausgetreten sei, daß er das grundlegende religionsphilo= sophische Werk Mathilde Ludendorffs "Triumph des Unsterblich= keitwillens" gelesen habe und daß er es b e j a h e ; mein Entschluß am 23. Okt 1977 anläßlich der Gedenkveranstaltung zu Mathilde Ludendorffs 100. Geburtstag in Seeshaupt am Starnber= gersee, den am 24.9.1977 von mir begonnen Hungerstreik nach 30 Tagen d o c h abzubrechen; meine Freude, als ich im Rundfunk am 22. Mai 1984 hörte, die SPD habe in Essen bei ihrem Bundespar= teitag beschlossen, den Ausstieg aus dem Atomprogramm zu emp= fehlen; meine Erleichterung, als ich in Hamburg am 27.9.1984 im Rathaus von Klaus von Dohnanyis Vorzimmerdame hörte, e r habe in Essen beim SPD-Parteitag die Arbeitsgruppe geleitet, die diesen "Ausstiegsbeschluß" formuliert habe - hatte er doch schon im April 1982 der HEW bezüglich Brokdorf den offenen

Kampf angesagt, wenn auch mit den Worten: "Wir gehen den klassischen Reformweg"; in Brüssel, als am 23.11.1975 an= läßlich der ersten "Weltausstellung des Überlebens" unser (u.a. Strohm, Gründler, Jens Scheer, Rosa Müller aus Wien, ich...) M i ß t r a u e n gegen einen geschniegelten "Pub= lic Relations"-Typ entkräftet wurde, der stundenlang mit Prof. John W. Gofman "abhanden gekommen" war, nachdem er zuvor mit ihm in unserem Beisein gekonnt eine Pressekonferenz über die Bühne gebracht hatte.

In unnachahmlicher Souveränität und Seelenruhe hatte Gofman bei dieser Pressekonferenz am 23.11.1975 in Brüssel erklärt:

"Die Reaktorindustrie ist tot - wir haben sie nur noch zu beerdigen."

Kurz darauf war er uns, in Begleitung des "Geschniegelten", aus den Augen geraten und stundenlang nicht wieder aufgetaucht. Wir hegten schon die allerschlimmsten Befürchtungen: hatte sich doch inzwischen herausgestellt, daß dieser Pressemacher ein Angestellter von W E N E S E (Brüssel) ist oder sein sollte. "Wenese" ist der Europäische Ableger von "Westinghouse", dem machtvollen US-Konzern, der tief ins Reaktorgeschäft ver= strickt ist. Wir waren zu einem Beisammensein mit Gofman in einem Hotelzimmer verabredet, wo wir Stunde um Stunde vergeb= lich auf ihn warteten. Knapp vor Mitternacht erschien er dann - wieder in Begleitung des "Wenese"-Mannes. Uns stockte fast der Atem - doch bald löste sich das Rätsel: zunächst bat er uns um Verständnis dafür, daß er bei der vorangegangenen Pressekonferenz a u s s c h l i e ß l i c h Prof. Gofman von unserer Seite hatte zu Wort kommen lassen - und nicht auch einige andere, wie dies zuvor vereinbart worden war.

Sodann schlug er vor, daß jeder von uns jetzt sofort ein ganz kurzes Manuskript liefert, in dem wir zu seiner Unterrichtung auflisten, w a s jede/r bereits an Erfolgen im Reaktorabwehr= kampf (er sagte "möglichst in Ziffern ausdrückbar") erreicht hat. E h e es nun zu einer halbstündigen Schreibpause kam, fragte ich ihn, ob es zuträfe, daß er ein Mann von WENESE sei.

Er bedachte sich kurz, ehe er darauf antwortete: "Ich war für Westinghouse der für Europa zuständige Public-Relations-Mana= ger. Als ich jedoch feststellte, mit welch unredlichen Ar= gumenten auf dem Reaktorgebiet Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird, habe ich meine Stelle bei WENESE a u f g e g e b e n. S o v i e l G e l d h a t / W e s t i n g h o u s e /die Firma n i c h t , d a ß s i e mich f ü r s L ü g e n b e z a h l e n k a n n." Er gab uns dann seine Visitkarte und wir waren geradezu erschüttert, sowohl vom tiefen Ernst, mit dem er gesprochen hatte, als a u c h da= rüber, w i e s e h r wir ihm zuvor mit unserem Mißtrau= en U n r e c h t getan hatten.

Im Rückblick verknüpft sich meine damalige Erschütterung un= lösbar mit dem "Gong-Ton" des Nachtbriefkastens vom Bastion= platz in Düsseldorf, der o h n e die Unterschriften der Kalkar-Kläger n i e e r k l u n g e n w ä r e.

Manchmal sinne ich einem ganz besonderen Erlebnis nach: in Bre= men wurden 1973 Prof. Hinz und ich weitgehend darüber im Unkla= ren gelassen, was sich n a c h der Klageeinreichung inner= halb des Kalkarkreises abspielte. Ich weiß noch wie heute, daß mich eines Tages ein greifbar-körperliches Unbehagen im Zusam=

menhang mit dem Gedanken an "Kalkar" befiel. Ich rief Dich und einige andere an: niemand hob ab. Einem Außenstehenden muß geradezu irrsinnig erschienen sein, was ich daraufhin tat - wenn er davon erfahren hätte. Ich setzte mich (ohne den geringsten real greifbaren Anlaß!) ins Auto und fuhr über Münster direkt bis Kalkar, wo ich vor Deinem Haus stehen blieb. Mir sagte jemand, Du seiest in einer Sitzung des Kir=chenvorstands, in einem anderen Haus. Ich fuhr dorthin, fand dort mehrere parkende PKW's vor dem Hause stehen und ging (mit unverminderter, seit Bremen anhaltender 'innerer Unruhe') ins Pfarrhaus, bzw. dessen Sitzungsraum. Einige Autokennzeichen trugen Essener Nummern - dem Sitz der Schnell-Brüter-Gesell=schaft!

Du fragtest nicht, wieso ich hier ankam und batest den Pfar=rer, er möge sich anhören, was i c h zur Schnellbrüter=angelegenheit an B e d e n k e n oder Gegengründen vorzu=tragen habe. Tatsächlich durfte ich dann fast eine Stunde vortragen, wobei ich vorher hörte, daß kurz zuvor die Vertre=ter der Schnell-Brütter Ges. hinauskomplimentiert worden wa=ren, damit der noch anwesende Rest des Kirchenvorstands sich überlegen könne, wie er sich zum Grundstücksverkauf stellen wird.

Als dann auch ich gehen sollte, fuhr ich nach Kalkar in den Rathauskeller, wo ich u.a. Dr. Scheuten (sen.) kennen lernte und mit ihm über den Inhalt der "Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" sprach , die auch V o r b e= r e i t u n g s h a n d l u n g e n verbietet.

Damals war de Witt noch Student; er kam zu Hinz und mir nach Bremen und ließ sich über die Kesselberstproblematik sachkun=dig machen. Als ich 1977 die Satzung des "Öko-Instituts" in die Hand bekam, sah ich (wörtlich darin enthalten), daß er danach strebt, die "Reaktoren sicherer zu machen" - nicht je=doch ihre sittlich unzumutbare Inbetriebnahme zu v e r= h i n d e r n . Weder im Prozeß wegen Neckarwestheim, noch wegen Mülheim-Kärlich und Grohnde ging RA de Witt auf die (für die rechtliche Akzeptanz entscheidende) genetische und sittlich-ethische Dimension der Auseinandersetzung ein. Ganz im Gegenteil: in Gorleben sorgte er binnen 1 Jahr dafür, daß die Grundeigentümer - die ursprünglich kampfentschlossen waren! - o h n e Enteignungsverfahren, d.h. ohne nachhaltigen Wider=stand ihre Gründe an die DWK verkauften. Auch als Vertreter der Pharmafirmen Lohmann, die weniger als 2 km vom Reaktor=standort Grohnde ihren Sitz haben, beriet er in einer Weise, daß sie o h n e Durchlaufen aller Instanzen die Klage ge=gen die Zusage von 15 Millionen Mark z u r ü c k z o g e n . In Vlotho bei einer Haverbeck-Tagung vertrat de Witt gegen=über Ulrich Freund 1978 den (grundgesetzwidrigen!) Standpunkt, daß §1des BGB in Ordnung sei, der die "Rechtsfähigkeit" nur den bereits G e b o r e n e n zuspricht. Dabei ist ionisierende Strahlung ein Schulbeispiel dafür, wie U n g e b o r e n e geschädigt werden: dagegen auf rechtliche Abhilfe freiwillig zu verzichten, ist reiner Handlangerdienst für die Plutonium=mafia. Vielleicht ist es noch nicht zu spät für Deine Ent=scheidung, daß ich Dir dies schreibe: offenbar spielt nun auch in Deinem Verfahren de Witt seine bisherige Rolle weiter. Der "Spatz am Dach" (die Grünen evt. im Landtag von NRW ab 1985) soll die "Taube in der Hand" des zeitgerecht eingeleiteten Ab=wehrprozesses ablösen. Es wäre tragisch, wenn dies Dir gegen=über gelänge. Dies kann ich begründen:

Im Frühjahr 1974 fuhr von Bremen eine größere Gruppe von Physikern (u.a. Jens Scheer, Jörn Bleck, Inge Schmitz-Feuerhake, Dieter v. Ehrenstein, Heinz Helmers, Ute Boikat usw.) mit mir nach Köln zum Institut für Reaktorsicherheit. Ing. Kellermann versammelte eine größere Zahl seiner maßgebenden Mitarbeiter, von Franzen abwärts, und stellte sich einem langen Gespräch mit den Bremern und mir. Wir bemängelten, daß die TÜV-Gutachter zu lax sind, d.h. daß sie viel zu früh auf Kompromisse eingehen.

Ing. Kellermann widersprach (ziemlich wörtlich so):

> "Auch wir haben 'scharfe Hunde' unter uns. Mir graut, wenn ich an Kalkar denke. Wenn die sich durchsetzen, kommen riesige Kosten auf uns zu."

Ihm graute n i c h t etwa vor dem Plutoniumstaat oder der von Gofman und Tamplin festgestellten hohen Toxizität des Plutoniums und dessen astronomisch langer Lebensdauer - sondern vor den "hohen Kosten für Kalkar", wenn sich die (nicht mit Namen genannten) "scharfen Hunde" im IRS gegen RWE und SNR d u r c h s e t z e n . N i e hätten diese sich durchsetzen können, wenn ich nicht 1973 mit 1/4 Stunde Restzeit die K l a g e f r i s t für Euch gerettet hätte. N i e wäre die parlamentarische "Enquetekommission" eingesetzt worden, nachdem Ertl und Genscher mit ihrer Rücktrittsdrohung 1978 die FDP-Bundestagsabgeordneten "kalkarisiert", d.h. zum Kuschen vor der Atomlobby genötigt hätten, wenn nicht die Massenklagen und Dein Kalkar-Prozeß anhängig gewesen wären.

Nie hätte die Enquetekommission es gewagt, die endgültige Entscheidung "Ja" oder "Nein" zur Plutoniumtechnik bzw. zur "Plutoniumwirtschaft für immer" dem Jahr 1989 vorzubehalten, wären nicht die vielen G e r i c h t s v e r f a h r e n als Damoklesschwert anhängig gewesen.

Stoltenberg erklärte im Januar 1981 vor der Presse öffentlich:

> "Die Massenklagen vor den Verwaltungsgerichten haben bei der Kraftwerksindustrie einen Investitionsstau von 40 Milliarden DM bewirkt."/ 1982 wurde die Zahl 50 Milliarden und 1983 60 Milliarden genannt. Zwar s p r a c h Helmut Schmidt als Bundeskanzler nicht von einem Reaktorbaustopp - aber er traf sich öfters mit Bruno Kreisky, dem wir die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf zu verdanken haben; p r a k t i s c h bedeutete seine Politik nahezu aber "Baustopp" bzw. Neuplanungsstopp. D e s =

h a l b mußte Kohl an Schmidt's Stelle treten. Helga Vowinckel brachte 1979 vor dem Verwaltungsgericht in Koblenz zur Sprache, welch immense Spendensummen zur Zeit der Ministerpräsidentschaft Helmut Kohls in Rheinland-Pfalz von RWE an die CDU geflossen sind. Flicks Geldsummen verblassen dagegen. Das Schmunzeln der Beklagtenvertreter bestätigte offen die Richtigkeit von Helga Vowinckels Hinweis. Wie lange Kohl noch an der Macht bleibt, weiß niemand - aber er ist fest in Händen der Atomlobby! Umso wichtiger ist es, daß das Druckmittel der anhängigen P r o z e s s e nicht leichtfertig aus der Hand gegeben wird. Ich halte es nicht für undenkbar - falls es zutrifft, daß inzwischen auch Du "mürbe" wurdest, daß dazu in subtiler Weise de Witt wesentliches beigetragen hat. Die Strategie, die ich bei ihm seit 1975 beobachten konnte, lief auf die eines "Staubsaugers" hinaus, der landesweit dafür sorgte, daß Gelder die der V e r h i n d e r u n g von Re=

aktoren hätten dienen können und sollen, als "Honorar" bei ihm landeten - womit gesichert war, daß nur noch "Wie-Fragen" vor Gericht abgehandelt wurden, nicht aber die entscheidenden sittlich-ethischen "O b - Fragen"!

Wären die Prozesse tatsächlich derart vergeblich und chancen=los - warum bezahlt die NWK für die Rücknahme ihrer Klagen den ortsansässigen Brokdorf-Klägern alle Kosten? Warum kaufte sie - wie ich erst jetzt hörte - auch die Esenshamm-Kläger aus?

Deine Klage wurde 1973 zu einer Zeit eingebracht, wo noch die 1.SSVO und die alte Atomanlagenverordnung in Kraft standen: sie sind Deinem Verfahren zugrundezulegen. § 40 der 1.SSVO ist von großer Wichtigkeit, weil er n i c h t etwa beschränkt auf "Reaktorbedienstete" zielte.

Ich schätze die Verlockung von Geldangeboten gewiß nicht nied=rig ein. D e n n o c h hoffe ich, daß Du - der zeitlos wich=tigen Rolle eingedenk, die Du vor mehr als 11 Jahren übernommen hast - nicht erliegen wirst.

Falls es wirklich um "Gutachter" gehen sollte: mit Sicherheit sind Prof. Gofman und Prof. Tamplin ansprechbar; auch Dr. Weish. Ich selbst studiere seit 7 Semestern an der Universität Bremen R e l i g i o n s w i s s e n s c h a f t (nicht mit Theolo=gie zu verwechseln), um mich in die Fragen von "ethischer Un=zumutbarkeit" besser einzuarbeiten, als mir dies bis 1981 noch gelungen war.

Prof. Gofman hat faktisch im Alleingang den Opfern der US-Atombombenversuche und ihres Fallout durch Richterspruch hohe Entschädigungssummen verschafft. Obwohl vorher der Kausalzu=sammenhang g e l e u g n e t wurde. N i c h t s hat bis=lang meine Hinweise auf die Leukämieerhöhung im Emsland wider=legt. F a l l s sie mit den Nuklidemissionen zusammenhängt, wird mit eherner Gewißheit in den kommenden 10 Jahren ein ra=pider Anstieg von Knochenkrebserkrankungen in demselben Gebiet nachzuweisen sein. Jedes Jahr Verzögerung, die mit Hilfe von Ge=richtsverfahren im Fall Kalkar und anderswo bewirkt wird, be=deutet ein w e n i g e r an genetisch und körperlich Ge=schädigten. Doch dies ist Dir ja selbst gut genug bekannt.

\- - - - - -

Vor 10 Generationen tobten in Österreich die Bauernkriege. Ich schicke Dir leihweise das Buch von Karl Itzinger "Es muß sein", das über diese Zeit handelt. Offenbar wollte der SPIEGEL-Re=porter, der (für de Witt) offenbar "2 Monate zu früh" am 29. Okt. 1984 über Dich und den Kalkarprozeß schrieb, etwas mit dem Hinweis auf die 10 Vorfahrengenerationen bewirken - was wohl?

\- - - - - - -

Daß im selben SPIEGEL-Heft (S. 101) der Verfassungsrichter Simon als Mitautor bei einem "Grundrechtskommentar" genannt wird, halte ich für wertvoll und wichtig - auch wenn es noch 10 Jahre dauern sollte, bis er "oben" beachtet wird; Simon be=arbeitet Atomverfahren am Bundesverfassungsgericht. -- Sollte ich Deiner Meinung nach de Witt falsch einschätzen, so laß mich dies bitte wissen. Wieviel Geld kassierte er insgesamt seit 1974 wegen "Kalkar"? Er übernahm 1975 ohne jede Gegenleistung die 45 von mir kopierten Aktenordner, die das OVG Münster uns nach Bremen zum Kopieren geschickt hatte. Was tat er seither?

Mit herzlichen Grüssen Walther Soyka

(Walther Soyka)

Energiepolitik

Initiativantrag 9

I. Energiepolitik bei veränderten Rahmenbedingungen

Die SPD steht unverändert zu ihren energiepolitischen Zielen und Beschlüssen, so wie sie beim Münchner Parteitag 1982 und zuvor in Berlin und Hamburg gefaßt wurden. Der Parteitag geht davon aus, daß die Energiepolitik in die weitere Programmarbeit einbezogen wird.

Zur aktuellen energiepolitischen Situation stellt der Parteitag fest:

Heute haben wir es mit mehr oder minder stagnierenden Energiemärkten, z. T. mit Überkapazitäten, zu tun. Einzelne Energieträger können ihren Anteil am Energieverbrauch und am Umsatz nur noch auf Kosten anderer Energieträger vergrößern. Dies führt zu starken Spannungen innerhalb der Energiewirtschaft, die sich bei den gegebenen ökonomischen Interessen und Gewichten vor allem gegen die Kohle zu entladen drohen. Dennoch müssen wegen der dramatischen Umweltschäden, der unverändert hohen Importabhängigkeit und der Möglichkeit eines längerfristig wieder knapper werdenden Energieangebots alle Anstrengungen für eine rationelle und sparsame Energieverwendung sowie für eine optimale Nutzung vor allem der heimischen Energieträger unternommen werden.

Verknappung und relative Verteuerung von Energie, Boden, Wasser und Luft sowie konsequente Umweltverbesserung sind zugleich große technologie- und industriepolitische Herausforderungen und Chancen für Innovation, mehr Lebensqualität und Exporte und damit für neue Arbeitsplätze.

II. Rationelle Energieverwendung

Rationelle Verwendung von Energie und Energieeinsparung sind unmittelbar praktizierter Umweltschutz. Ihre Verwirklichung erfordert trotz unverkennbarer Erfolge unverändert die Förderung der Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum durch Erhöhung der Energieproduktivität, also weniger Primärenergieverbrauch bei gleichem Nutzenergieverbrauch, und eine Beseitigung der anhaltenden Energieverschwendung, also Senkung des spezifischen Nutzenergieverbrauchs.

Dazu ist eine Schwerpunktverlagerung von der bisherigen, fast ausschließlich an der Versorgung mit Energieträgern orientierten Energiepolitik notwendig. Erforderlich ist eine Politik, die die Energienachfrage und Energieanwendung gleichgewichtig mit einbezieht. Deshalb muß die bisher erst in Ansätzen ausgeschöpfte rationelle Energieverwendung, aber auch die Nutzung unerschöpflicher Energieträger einschließlich der direkten Nutzung der Sonnenenergie vorangetrieben werden. Dazu gehört auch die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, da die dort festgelegten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für Strom und Gas diesem Ziel nicht entsprechen. Schließlich muß unsere Energiepolitik das Millionenheer der Energieverbraucher mit ihrer nur schwach organisierten Interessenvertretung gegenüber den starken Interessen der Energiewirtschaft wirksam schützen.

Für uns bedeutet „Weg vom Öl" nicht „Hin zum Gas und zur Kernenergie und damit eine phantasielose Fortschreibung überwunden geglaubter Trends, wie sie Kennzeichen der Energiepolitik der konservativen Bundesregierung ist. Die bisherigen Erfolge beim Energiesparen belegen vielmehr, daß mit stärkerem Engagement der Bundesregierung eine noch stärkere Entkopplung und Energieeinsparung hätte erreicht werden können. Dabei sollten die öffentlichen Hände selbst vorangehen und auf diese Weise die Markteinführung der Energieeinsparung erleichtern.

III. Energie und Umwelt

Der beste Beitrag zum Umweltschutz ist die Einsparung von Energie. Notwendiger Umweltschutz sowie eine sichere und gesamtwirtschaftlich kostengünstige Energieversorgung sind kein Widerspruch. Sie müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Maßnahmen zur Entschwefelung und Absenkung von Stickoxiden sind konsequent durchzuführen. Vorsorgender Umweltschutz und eine Verminderung bereits eingetretener Umweltschäden erfordern, daß alle ihre Ursachen gleichzeitig und gleichmäßig bekämpft werden. Neben den Kraftwerken sind dies vor allem Kraftfahrzeuge sowie industrielle und private Feuerungsanlagen.

Bei der Bekämpfung von Umweltschäden ist grundsätzlich das Verursacherprinzip anzuwenden. Die erheblichen Altlasten können jedoch ergänzend hierzu nur durch eine gleichzeitige befristete Anwendung des Gemeinlastprinzips so beschleunigt und wirksam abgebaut werden wie dies für eine saubere Umwelt unverzichtbar ist.

Die großen finanziellen Belastungen beim Umweltschutz können nicht von den Bergbau-Ländern Nordrhein-Westfalen und Saarland allein getragen werden. An der Finanzierung müssen sich deshalb der Bund und die anderen Bundesländer angemessen beteiligen. Zur gleichzeitigen Verwirklichung umwelt- und beschäftigungspolitischer Ziele hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Programm „Arbeit und Umwelt" vorgelegt.

Da weit mehr als die Hälfte der Schadstoffimmissionen in der Bundesrepublik aus den Nachbarländern in West und Ost kommen, sind verstärkte internationale Bemühungen notwendig, um so schnell wie möglich auch in diesen Ländern zu einer wirkungsvollen Umweltschutzpolitik zu kommen. Dies gilt auch für die schnelle Umstellung von Autos auf unverbleites Benzin und das notwendige Tankstellennetz. Die Bundesregierung wird aufgefordert, am Umstellungstermin 1. Januar 1986 unbedingt festzuhalten.

Energiepolitik muß die Energieverwendung sauber machen.

IV. Kohlevorrang-Politik

Heimische Stein- und Braunkohle sind die Grundlage für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Kohlevorrang-Politik heißt zugleich aber auch saubere Kohleverbrennung.

Wir fordern von den Verantwortlichen, die Kohlevorrang-Politik unverändert fortzusetzen. Dazu müssen die wirtschaftlichen Hilfen für den Bergbau weiter gewährt werden, weil dadurch der stabile und zuverlässige Beitrag der heimischen Kohle für unsere Energieversorgung gesichert wird. Um dem Bergbau die Anpassung an die eingetretene, aber wohl vorübergehende jetzige Problemphase sozial und regional verträglich zu ermöglichen, müssen die bewährten bergbauspezifischen Instrumente der Sozialpolitik weiterhin unverändert eingesetzt werden. Nur so kann der dringend erforderliche Versorgungsbeitrag der heimischen Kohle für die Zukunft erhalten werden:

1. Der im Jahrhundertvertrag zwischen Bergbau und Elektrizitätswirtschaft vereinbarte Vorrang deutscher Steinkohle beim Kraftwerkseinsatz darf nicht in Frage gestellt werden. Zur Erfüllung des Jahrhundertvertrages müssen aus Umweltschutzgründen stillgelegte Steinkohlenkraftwerke durch den zusätzlichen Neubau umweltfreundlicher Steinkohlenkraftwerke ersetzt werden.

2. Der Hüttenvertrag, der den Kohleabsatz an die Stahlwirtschaft regelt und im Jahre 1988 ausläuft, ist unverzüglich zu verlängern. Dabei muß das Prinzip der vollen Bedarfsdeckung mit heimischer Kokskohle beibehalten und kontinuierlich mit dem wirksamen Instrument der Kokskohlenbeihilfe gestützt werden.

Die Kokskohlenlieferungen an die EG-Stahlindustrie tragen im weiteren Verlauf der 80er Jahre zur optimalen Nutzung der Förderkapazitäten bei. Die konservative Bundesregierung bleibt aufgefordert, bei der EG darauf zu drängen, daß auch nach 1986 Beihilfen aus Gemeinschaftsmitteln für Exporte gewährt werden.

3. Die Bemühungen der Steinkohlewirtschaft, vermehrt in den Wärmemarkt einzudringen, sind zu verstärken und durch

staatliche Anreize für private Haushalte und Unternehmen, z. B. durch Investitionszulagen und -zuschüsse oder erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten, wirksam zu unterstützen. Bund, Länder und Gemeinden werden aufgefordert, auch in ihren Gebäuden alle Möglichkeiten für den Einsatz von Kohle zu nutzen. Besondere Bedeutung kommt im Wärmemarkt der Wirbelschichtfeuerung und der Kraft-Wärme-Kopplung zu. Das im Jahre 1985 auslaufende Bund-Länder-Programm zur Förderung von Kohleheizkraftwerken und des Fernwärmeausbaus ist weiterzuführen.

4. Die Anwendung von Kohle läßt sich durch Kohleveredlungsverfahren wesentlich verbreitern.

Das Kohleveredlungsprogramm ist daher fortzuführen. Die konservative Bundesregierung darf die überfälligen Entscheidungen nicht immer weiter verzögern.

Neben Nordrhein-Westfalen und dem Saarland müssen sich auch die anderen Länder an der Absicherung der Kohlevorrang-Politik stärker als bisher beteiligen.

V. Kernenergie

In Fortentwicklung ihrer Beschlüsse in Hamburg, Berlin und München unterstreicht die SPD, daß die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten ist. Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist es, nach dieser Übergangsphase sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten.

Die Entsorgung der Kernkraftwerke ist heute ungesicherter denn je – und das nach über einem halben Jahrzehnt gezielter Förderung durch die öffentliche Hand.

Der Salzstock Gorleben kann wichtige Voraussetzungen für eine sichere Endlagerstätte für den Atommüll aus den Kernkraftwerken nicht erfüllen, so zeigen es die Ergebnisse der in diesem Jahr abgeschlossenen Untersuchungen von Obertage aus.

Durch einseitige Ausrichtung auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente gibt es bis heute keine Versuchsanlage für die Technik der direkten Endlagerung (Alternative zur Wiederaufarbeitung), obwohl ihre Verwirklichung von den Regierungschefs 1979 beschlossen wurde. Dies erweist sich jetzt als eine immer bedrohlichere Lücke in der Entsorgung, weil diese Technik auch dann erforderlich ist, wenn die Wiederaufarbeitung eingeführt würde. Denn die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente ist kein endlos praktikabler Prozeß, sondern muß spätestens nach der zweiten oder dritten Wiederaufarbeitung abgebrochen werden.

Die Bemühungen um den Bau einer Demonstrationsanlage für die Wiederaufarbeitung sind durch die Firmenpolitik der DWK zu einem Konkurrenzkampf zwischen zwei Landesregierungen verkommen, bei dem der Grundsatz „Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit" auf der Strecke zu bleiben droht.

Hinzu kommt, daß die internationale Strahlenschutzkommission nach Untersuchungen der letzten Jahre die radioaktive Giftigkeit des Abfalls aus einer Wiederaufbereitungsanlage neu bewertet hat. Seine radioaktive Giftigkeit wird heute als nahezu ebenso gefährlich angesehen, wie die der nicht wiederaufgearbeiteten Brennstäbe, die direkt endgelagert werden können. Obwohl diese Tatsachen dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der DWK bekannt sind und in ihren Arbeiten berücksichtigt werden, sind sie der Öffentlichkeit nicht vermittelt worden.

Zum Dritten würde die Wiederaufarbeitung die Kosten der Entsorgung der Kernkraftwerke erheblich vervielfachen. Ohnehin wird die zivile Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente nur noch in Frankreich in nennenswertem Umfang verfolgt, aber auch dort nur im Zusammenhang mit einer Wiederaufarbeitung für militärische Zwecke (Französische Atomstreitmacht).

Deshalb verlangen die Sozialdemokraten, daß über die Versuchsanlage in Karlsruhe hinaus die Technologie der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe in der Bundesrepublik nicht weiter verfolgt wird.

Die Entsorgung der Kernkraftwerke muß sich auf folgende Wege konzentrieren:

1. Die Endlagerungsmöglichkeit für den Atommüll aus den Kernkraftwerken muß so verwirklicht werden, daß ein sicherer Abschluß gegen die Biosphäre erreicht wird. Dazu ist neben dem Salzstock Gorleben mindestens ein weiterer Salzstock als mögliches Endlager eingehend zu untersuchen.

2. Die Bearbeitung abgebrannter Brennelemente zur direkten Endlagerung muß zur technologischen Reife entwickelt werden. Dazu notwendige Versuchs- und Demonstrationsanlagen müssen errichtet werden.

3. Die Voraussetzungen für einen sicheren Betrieb des Trocken-Zwischenlagers Gorleben – einschließlich der Sicherheit der Transportwege und der der Lagerungsbehälter (Castor) – müssen genauestens überprüft werden.

4. Bei Bedarf durch anfallenden Müll aus Kernkraftwerken ist ein weiteres Zwischenlager zu errichten.

Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist ein weiterer Zubau von Kernkraftwerken unvertretbar und unverantwortlich.

Die Kosten des nuklearen Brennstoffkreislaufs (einschließlich Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen) sind voll in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Kernenergie und in die Kalkulation der Energiewirtschaft aufzunehmen. Eine offene oder verdeckte staatliche Unterstützung der Wiederaufbereitung kommt daher nicht in Betracht.

Die Stromzuwachsrate ist jetzt und auf absehbare Zeit niedriger als in früheren Prognosen angenommen. Die staatlichen Aufsichtsbehörden werden aufgefordert, einer sich abzeichnenden Strategie der Energiewirtschaft, Überkapazitäten im Kernkraft-Bereich über Dumping-Preis in den Markt zu drängen, mit allen rechtlich gebotenen Mitteln entgegenzuwirken. Die Weiterentwicklung der rationellen und ökologisch verantwortbaren Energieerzeugung und -verwendung darf durch unlautere Wettbewerbsmethoden der Wirtschaft nicht behindert werden.

(Angenommen)

Antrag 682
BEZIRK HESSEN-SÜD

Enquetekommission

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Parteivorstand werden aufgefordert, sich mit allen Mitteln – auch öffentlich – dafür einzusetzen, daß die von der Mehrheit des Bundestages aufgelöste Enquetekommission zur Klärung der sozialen, volkswirtschaftlichen, ökologischen und sicherheitstechnischen Auswirkungen der Kernenergie wieder eingesetzt wird.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

SPD-Bundesparteitag in Essen / 21.5.1984

Der Atom-Rebell von Zwent

Ein Linzer Bürger läuft Sturm gegen das geplante Kernkraftwerk vor den Toren Wiens



Die einen halten es für Fortschritt, die anderen für Unheil: das Atomkraftwerk von Zwentendorf. So, wie diese Fotomontage sie zeigt, wird die Kernanlage aussehen, die in den kommenden Jahren hinter den letzten Häusern von Zwentendorf (Bild u.), 30 Kilometer vor Wien, gebaut wird.



Unbedingt dafür: Dr. Raphael Spann, Geschäftsführer der Studiengesellschaft für Atomenergie. „In Zwentendorf wird alles für die Sicherheit getan."



Unbedingt dagegen: Diplomingenieur Richard Soyka, 75, Gründer des Bundes für Volksgesundheit. Er will das Kernkraftwerk durch Volksbegehren lahmlegen.



endorf

Ortsende von Zwentendorf

Der Startschuß ist gefallen: Österreichs erstes Atomkraftwerk wird auf dem Gebiet der 3200-Seelen-Gemeinde Zwentendorf an der Donau errichtet. Bereits im Frühsommer soll der Grundstein für das 5-Milliarden-Schilling-Projekt gelegt werden. Und nach dem Terminplan soll 1976 der erste „Atomstrom" aus dem Zwentendorfer Werk ins österreichische Verbundnetz fließen. Doch diesem Terminplan der Verantwortlichen für das Zwentendorfer Unternehmen droht bereits vor Baubeginn ein gewaltiges Hindernis. Ja, noch ist es überhaupt nicht sicher, ob der erste österreichische Atommeiler jemals Strom erzeugen wird.

Denn der 75jährige Diplomingenieur Richard Soyka aus Linz und sein 46 Jahre alter Sohn Walter sind streitbare und kompromißlose Gegner des Planes, Kernkraftwerke in Österreich zu errichten. Bis 1976 wollen Soyka Vater und Sohn eine Million Unterschriften sammeln und mit Hilfe eines Volksbegehrens die Betriebsbewilligung für den Atommeiler vor den Toren Wiens verhindern. Denn die Soykas sind der Meinung, daß Atomkraftwerke eine Gefährdung für die menschliche Gesundheit darstellen. Walter Soyka: „Ein Kernkraftwerk gleicht einem bösen Geist in der Flasche. Es ist sicher, solange der Stöpsel zu ist. Aber was geschieht, wenn der Stöpsel einmal entfernt wird, ist unvorstellbar!"

„Ganz besonders wenden sich die Soykas dagegen, daß das Kernkraftwerk nur 30 Kilometer Luftlinie entfernt von der Bundeshauptstadt Wien mit ihren zwei Millionen Einwohnern errichtet wird. Denn ein Unfall, bei dem „Todesstrahlen" und lebensgefährdende Spaltstoffe aus dem Reaktorkern in die Biosphäre gelangen, ist

Eines haben die Gegner gemeinsam: ein reines Gewissen



Dr. Rupert Patzelt, Dozent an der Technischen Hochschule in Wien: „Der Mensch lebt seit eh und je im Strahlungsbereich der Erde und aus dem Kosmos."



Hubert Neboid, der Pfarrer von Zwentendorf: „Ich kann mich reinen Gewissens für das wirtschaftliche Wohl meiner Pfarrkinder einsetzen."



Heinrich Rabl, Hauptschuldirektor und Bürgermeister des „Atomdorfes": „Wir wollten mit Soyka und seiner Gesellschaft zusammenarbeiten. Es war unmöglich."



Dr. Hubert Bildstein vom Reaktorzentrum Seibersdorf: „Aus kalorischen Kraftwerken strömt mehr radioaktive Strahlung als aus Atomkraftwerken!"



Der „Gesundheitsapostel" und seine Familie: Richard Soyka (ganz links) mit seiner Frau Helma (ganz rechts), sechs seiner sieben Kinder und den Enkelkindern. Der Linzer kämpft nicht nur gegen Atomwerke: Er ist auch gegen Alkohol und Nikotin.

für kein Kernkraftwerk mit letzter Sicherheit auszuschließen. Deshalb sei es, wie jüngst der amerikanische Atomphysiker Ralph Lapp erklärte, unbedingt erforderlich, einen möglichst großen Abstand zwischen Kraftwerken und Städten einzuhalten, um den Schaden für die Bevölkerung möglichst gering zu halten.

Doch nicht die Standortwahl allein treibt die Soykas auf die Barrikaden zum Kampf gegen Österreichs erstes Atomkraftwerk. Der siebenfache Vater und Großvater von 38 Enkelkindern Richard Soyka setzt mit dieser Kampagne sein jahrzehntelanges Ringen um natürliche Lebensbedingungen und für ein gesundes Leben fort.

In der Atomtechnik sieht der Nichtraucher und Alkoholverächter Richard Soyka die bislang größte Bedrohung für das Leben und die gesamte menschliche Existenz. Er zitiert amerikanische Wissenschaftler, die bewiesen haben wollen, daß die Säuglingssterblichkeit und die Zahl der Krebserkrankungen in der Nähe von Atomkraftwerken erhöht sind und daß genetische Schädigungen auftreten, die sich erst in Generationen auswirken.

Dr. Hubert Bildstein vom Reaktorzentrum Seibersdorf bekräftigt jedoch: „Diese Behauptungen entbehren jeglicher Grundlage."

Die Soykas lassen sich durch solche Aussagen jedoch nicht beeindrucken. Sie setzen ihren Feldzug gegen das Atomkraftwerk mit Vehemenz fort. Sie wissen, daß sie den Bau nicht mehr verhindern können. Doch die Inbetriebnahme in fünf Jahren hoffen sie mit Hilfe des Volksbegehrens abzuwenden.

Für Richard Soyka wäre diese Volksabstimmung, wenn sie zustande käme, die Krönung seiner selbstgewählten Lebensaufgabe: die Volksgesundheit zu fördern.

Nach dem Studium der Elektrotechnik in Wien trat der in Weiz (Steiermark) geborene Richard Soyka in die Dienste des Elektrifizierungsamtes der Bundesbahnen. Recht glücklich fühlte er sich im Staatsdienst jedoch nicht. 1921 quittierte er deshalb seinen Posten und gründete die „Akademische Arbeitsgruppe abstinenter Studenten". Als der finanzielle Zuschuß aus den USA ausblieb, gründete Soyka 1926 den „Bund für Volksgesundheit". Noch heute ist Soyka, der mit einer Pension von 2000 Schilling in einem kleinen Häuschen am Stadtrand von Linz lebt, Obmann dieses Bundes und sein Motor. Und er selbst gibt das beste Beispiel für eine gesunde Lebensweise:

Täglich steht er um 6.30 Uhr auf, nimmt ein heißes Bad, springt anschließend in eiskaltes Wasser und unternimmt nach dem Rohkost-Frühstück einen ausgiebigen Spaziergang.

Zehn bis fünfzehn Jahre lang, so hofft Soyka, wird er den „Bund für Volksgesundheit" noch leiten können: „Ich stamme aus einer langlebigen Familie."

Text: Dr. Günther Winklbauer
Fotos: Harry Schwarzer

Atombombentests

Opfer erhalten Entschädigung

Washington (taz). Wie bereits kurz gemeldet, entschied US-Bundesrichter Bruce Jenkins in einem lang erwarteten Urteil vor dem Bundesgericht in Salt Lake City (Utah), daß Fallout von den oberirdischen Atombombentests in der Wüste Nevadas verantwortlich für den Krebstod von Einwohnern in der Umgebung des Testgebiets ist.

Fast 2,6 Millionen Dollar an Schadensersatz sollen die Familienangehörigen von zehn an Leukämie gestorbenen Opfern erhalten. Zusätzlich wurden der heute lebenden Jacqueline Sanders, die an Schilddrüsenkrebs erkrankt war und kuriert wurde, 100.000 Dollar zugesprochen. Insgesamt 25 repräsentative Fälle wurden in Salt Lake City stellvertretend für weitere 1.600 Opfer oder deren Angehörige gehört, so daß sich die Rechnung für die amerikanische Bundesregierung im Endeffekt auf 200 Millionen Dollar belaufen könnte. Die Betreffenden lebten zur Zeit der in den 50er Jahren durchgeführten Tests in den ländlichen Gebieten Utahs und Arizonas östlich des Testgebiets. Die Einwohner, so Frau Sanders, wurden über die Gefahren des Fallout nicht aufgeklärt. Sie erinnert sich, wie sie als Kind mit Freunden und Eltern auf die Straße hinauslief, um den Feuerball am Himmel im Westen und die Wolke zu beobachten, aus der später grauer Staub auf Häuser, Gärten und Straßen herunterrieselte.

Die Entscheidung des Gerichts stützt sich wesentlich auf die Aussagen des Mediziners John Gofman von der Universität Kalifornien. Gofman, der lange Zeit im regierungseigenen Waffenforschungsinstitut „Lawrence Radiation Laboratory" arbeitete, erregte 1970 Aufsehen, als er mit der Behauptung, die niedrig dosierte radioaktive Strahlung von Kernkraftwerken werde in Zukunft zahlreiche Todesopfer fordern, an die Öffentlichkeit ging. Er verließ seine Stellung bei der Regierung und gilt seitdem als einer der prominentesten Gegner der Atomkraft in den USA. Gofman machte im Prozeß in Salt Lake City glaubhaft, daß einige Krebsarten wie Leukämie, Schilddrüsen- und Brustkrebs auf die Einwirkung von radioaktiver Strahlung zurückgeführt werden können. Die Forderungen 14 weiterer Personen, die an Krebsarten wie Nieren-, Lungen-, und Hautkrebs erkrankt waren, wurden abgewiesen, da in diesen Fällen radioaktive Strahlung nicht als eine der erwiesenen Ursachen gilt.

Der Richter entschied gegen die Regierung, weil die für die Tests verantwortliche „Atomic Energy Commission" (AEC) entgegen eigener Bestimmungen die Bevölkerung nicht dazu angehalten hatte, ihren Kontakt mit Fallout auf ein Minimum zu beschränken. Von der AEC erlassene Richtlinien aus dem Jahre 1954 verlangen, daß „die Betroffenen über die Gefahren von und möglicher Präventivmaßnahmen gegen Fallout unterrichtet und über potentielle gefährliche Situationen vorher aufgeklärt werden."

Die Einwohner von St. George, Utah, der Heimatstadt von Frau Sanders, begannen zwar mißtrauisch zu werden, als AEC-Angestellte sie warnten, nicht die Milch von Kühen aus der Umgebung zu trinken, aber niemand hinderte die Kinder daran, nach einer Explosion im Straßenstaub zu spielen. Zwischen 1951 und 1958 explodierten 103 Atombomben in der Wüste Nevadas und die Fallout-Wolken von 29 von ihnen wehten in Richtung St. George und seiner Nachbarstädtchen. „Sie haben uns angelogen, vor dem Verfahren, jetzt während des Verfahrens und sie werden es wieder tun, wenn es ihnen paßt", meint Frau Sanders über die Regierung. Davon sind die Einwohner von St. Greorge überzeugt, seit sie gegen Ende der 50er Jahre erfuhren, daß „sie mit den Explosionen gewartet haben, bis der Wind in unsere Richtung anstatt in Richtung Los Angeles blies, weil sie wußten, was in der Wolke ist".

Auf die ihnen zugesprochenen Schadensersatzgelder werden die Fallout-Geschädigten allerdings noch einige Zeit warten, denn die amerikanische Regierung will Berufung einlegen.

Silvia Sanides-Kilian

taz Mittwoch, 30.5.84

Ich lade Sie herzlich ein zum FORUM-HUMANUM-Treffen am Sonntag, 18. Nov. 1984 ab 16 Uhr bei Helga Vowinckel, Koblenz, Kurfürstenstraße 46 (7. Todestag Grundlers) ←!

Walther Soyka

Landgericht Koblenz, 3. Strafkammer

101 Js 2471/80- 3 Ns-

Geschäftsnummer bitte stets angeben!

Herrn
Walther Soyka
Wendtstraße 22
2800 Bremen

Bitte bringen Sie diese Ladung zum Termin mit		
Zutreffendes ist angekreuzt	X	bzw. ausgefüllt

Ihre Geschäftsnummer

Nebenstelle 0261/102-2111

Datum 9. Juli 1984

Ladung zum Termin am

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Raum	Stock (E = Erdgeschoß)	im Gerichtsgebäude
Montag, den 19. November 1984	9.00	128	1.Stock	Karmeliterstr. 14

- [ ]
- [x] Hauptverhandlung im Berufungsverfahren
- [ ]
- [x] bei dem Landgericht
- [x] in der Strafsache gegen
- [ ]

Beachten Sie bitte die auf der Rückseite aufgeführten wichtigen Hinweise!

Sie

wegen gemeinschaftlich begangenen Verwahrungsbruchs

Anlagen

Sie werden hiermit zu diesem Termin geladen und gebeten, rechtzeitig zu erscheinen. Es soll über die

- [ ] von der Staatsanwaltschaft
- [x] von Ihnen
- [ ] vom Nebenkläger
- [ ] vom gesetzlichen Vertreter/Erziehungsberechtigten
- [ ] von Ihnen und der Staatsanwaltschaft

eingelegte Berufung verhandelt werden.

- [ ] Das Gericht hat Ihr persönliches Erscheinen angeordnet.

Zu der Hauptverhandlung werden die in der ersten Instanz verwendeten Beweismittel herangezogen.

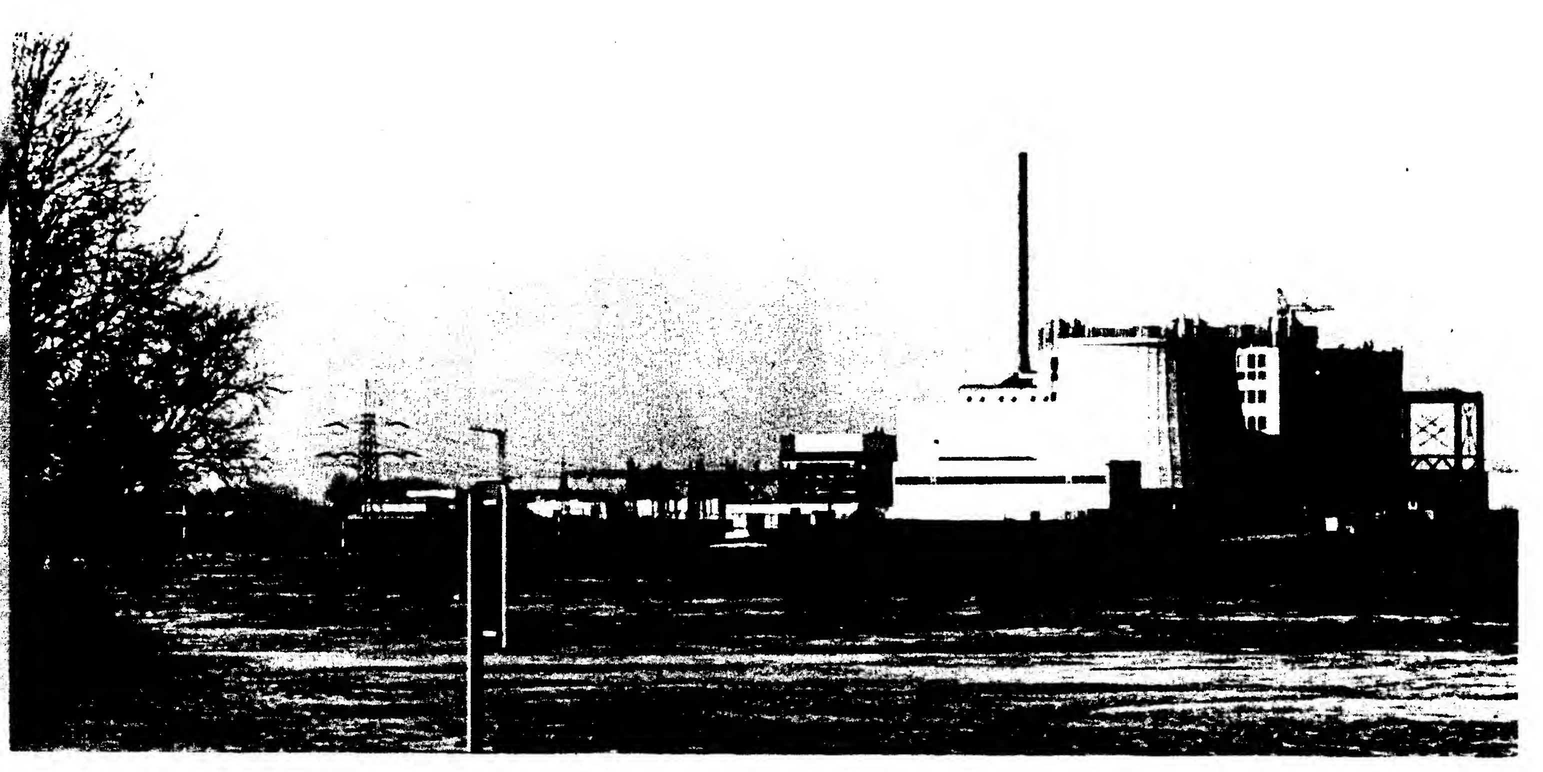
Außerdem sind geladen worden:
Fortsetzungsverhandlung:
Dienstag, den 20. November 1984, 9.00 Uhr, Saal 128.
Auf Anordnung des Gerichts sind geladen worden:
Sachverständiger:
Medizinaldirektor i.R., Dr. med. A. Schopmans, Wilhelm-Wolter-Straße 18, 2800 Bremen,

Auf Anordnung

Herzog

Justizangestellte

Bitte wenden!



Kernkraftwerk Schneller Brüter in Kalkar: „Das Gefährdungspotential erhöht sich um den Faktor drei"

SCHNELLER BRÜTER

Bald butterweich

Die Bauherren des Schnellen Brüters drängen die Genehmigungsbehörden zur Eile: Wenn nächstes Jahr die Grünen im Düsseldorfer Landtag sitzen, „weiß keiner, was wird" mit dem Mammut-Projekt.

Der Bauer Josef Maas, 53, ackert in der zehnten Generation auf dem elterlichen Hof in Kalkar-Hönnepel. Aber im Gegensatz zu seinen Vorfahren verbringt er einen Großteil seiner Zeit mit der Lektüre von Akten.

Seit elf Jahren ist er der einzige, der gegen den Bau des benachbarten Kernkraftwerks vom Typ Schneller Brüter nicht nur protestiert, sondern auch vor Gericht zieht. Obgleich Maas mittlerweile zwei Großverfahren in erster Instanz verloren hat und in zweiter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht leicht verlieren könnte, erhebt er in diesen Tagen aufs neue Einspruch: diesmal vor allem gegen die geplante Änderung des Reaktorkerns, für die das Genehmigungsverfahren angelaufen ist.

Doch so konsequent Josef Maas bis jetzt jede Gelegenheit zum Widerspruch wahrgenommen hat – die Brüter-Bauherren beurteilen die Lage gelassener als je zuvor. „Der Held von Kalkar", sagt einer von der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK), „ist mürbe geworden, und bald ist er butterweich."

Die finanzielle Belastung nämlich, bislang von Maas' grünen Freunden getragen, wächst von Instanz zu Instanz und



Bauer Maas
Elf Jahre prozessiert

von Prozeß zu Prozeß in die Hunderttausende. Überdies fehlen dem Brüter-Gegner die für den Prozeß notwendigen Gutachter.

Kein Wunder, daß Maas in dieser für ihn schwierigen Situation nach Alternativen sucht: Unter größter Verschwiegenheit erörtern derzeit der Freiburger Maas-Anwalt Siegfried de Witt sowie SBK-Vertreter und Beamte der NRW-Landesregierung einen möglichst sanften Ausstieg des Bauern Maas aus der Prozeß-Szene um Kalkar.

Maas könnte, so eines der Denkmodelle, seine noch laufenden Berufungsverfahren zurücknehmen oder einschränken. Statt künftig wieder neu zu klagen, solle der Bauer erst mal mit der Genehmigungsbehörde ins Gespräch kommen. „Diese Prozesse", stöhnt Maas, „können ja nicht ins uferlose weitergehen."

Für denkbar halten Maas-Widersacher sogar einen Wegzug des Bauern aus Kalkar-Hönnepel. Die Gelegenheit wäre günstig: Weil das Düsseldorfer Landwirtschaftsministerium ohnehin einen „landschaftspflegerischen Begleitplan" für den Brüter fordert, wären ihm die 35 Hektar des Bauern Maas zur Anpflanzung von Bäumen willkommen.

Doch die SBK ist den Bauern noch nicht los, da zieht sie möglicherweise schon neue Kläger auf sich.

Um den Reaktor leistungsfähiger und zugleich billiger zu machen, möchte der Brüter-Bauherr Masse und Zusammensetzung des Kernbrennstoffes sowie Aufbau und Betriebsweise des Reaktorkerns ändern – Anträge, die den hochsensiblen Sicherheitsstandard berühren und die deshalb von den Düsseldorfer Genehmigungsbehörden, den Ministerien für Arbeit und für Wirtschaft, beschieden werden müssen.

So soll statt des bislang vorgesehenen sogenannten Magnox-Plutoniums das billigere, aber auch giftigere Leichtwasser-Plutonium verwendet werden. Und die Masse des spaltbaren Plutoniums soll dabei von 836 auf 1124 Kilogramm erhöht werden. „Das Gefährdungspotential des Leichtwasser-Brennstoffs", sagt Hans-Adolf Ritter, einer der leitenden Genehmigungsbeamten im Düsseldorfer Arbeitsministerium, „erhöht sich um den Faktor drei." Probleme wirft auch eine – jetzt ebenfalls beantragte – „Ein-

lagerungsgenehmigung" auf: Die SBK möchte bereits Anfang 1985 Brennelemente in Kalkar anliefern und einlagern. Zu diesem Zeitpunkt jedoch werden auf der Baustelle noch rund 2000 Arbeiter tätig sein – was nach Ansicht von Sicherheitsfachleuten zusätzliche Diebstahls- und Erpressungsrisiken aufwirft. Dabei reicht der von der SBK vorgesehene Sabotageschutz nicht einmal für den bisherigen Ausrüstungsstand hin.

Eine – seit Anfang des Jahres laufende – Prüfung nach dem sogenannten Sicherungsmaßnahmen-Katalog des Bundesinnenministers hat ergeben, daß der Schnelle Brüter die Anforderungen in mehreren Punkten nicht erfüllt. Eine Nachbesserung würde rund 500 Millionen Mark kosten. Obgleich der Schnelle Brüter aufgrund seiner Bauweise für Sabotage anfälliger ist als ein Leichtwasserreaktor, sind den derzeitigen Erkenntnissen zufolge in Kalkar nicht einmal überall die Sicherheitsstandards eines Leichtwasserreaktors gewährleistet.

Die SBK möchte ihre diversen Anträge gleichwohl möglichst schnell, jedenfalls vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai nächsten Jahres, genehmigt bekommen. Sitzen nämlich, so kalkulieren die Brüter-Bauherren, die Grünen erst einmal im Landesparlament, „weiß keiner, was wird".

Würden die Änderungsanträge erst nächsten Sommer oder gar nicht oder (bei etwaigen Klagen) nicht mit der „Anordnung der sofortigen Vollziehung" genehmigt, könnte der von der SBK angepeilte Termin der Inbetriebnahme, 1987, nicht eingehalten werden. Mehr noch: Die 6,5-Milliarden-Obergrenze, die der Bund als endgültiges Limit für Kalkar gesteckt hat, müßte erneut überschritten werden.

Für den Fall, daß das Geld wieder nicht reichen sollte, wollen das Bonner Innen- und das Forschungsministerium die Schuld der SPD-geführten NRW-Regierung anlasten. Somit selber unter Druck geraten, setzen die Nordrhein-Westfalen darauf, daß die Prozeßmüdigkeit des Klägers Maas zunimmt.

Dem Maas-Anwalt de Witt, einem ebenso entschiedenen wie realitätsnahen Kalkar-Gegner, kommt die publizistische Erörterung solcher Fragen „zwei Monate zu früh".

Seinem Mandanten, formuliert der Anwalt vorsichtig, würde er „keinen Vorwurf machen, wenn der eines Tages sagen würde, er wolle auf Dauer nicht neben dem Reaktor leben".

Einladung:

Am Tag vor der Gerichtsverhandlung in Koblenz gegen Nicoll de Bruin-Soyka, Walther Soyka, Wieland Soyka, Roland Bohlinger und Erich Matthies findet bei Helga Vowinckel in Koblenz, Kurfürstenstr. 46 ein FORUM-HUMANUM-Treffen statt.

Zeit: So, 18. Nov. 1984, 16 Uhr

Wir besprechen unter anderem:

1.) das Programm der Ostertagung am 6./7. April 1985 in Bremen;

2.) eine Namens- und Satzungs=änderung des FORUM HUMANUM.

Gäste willkommen – auch beim Prozeß am Montag, 19.Nov.1984, um 9 Uhr im Raum 128 im Landgericht Koblenz, Karmeliterstraße 14, 1. Stock